

Folien zum Vortrag

Professionelle, bezahlbare Dienstleistungen als Mittel gegen illegale Beschäftigung in der Pflege?

beim Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / DIE
GRÜNEN „Pflege: Frauen entlasten - Potenziale von Männern
stärken“ am 21. Juni 2006 in Berlin

Dr. Claudia Weinkopf

Institut Arbeit und Technik
Wissenschaftszentrum NRW

Gliederung

- **Dienstleistungen für Ältere**
 - ⇒ Bedarf
 - ⇒ Marktsituation
 - ⇒ Inanspruchnahme
- **Ansatzpunkte zur Erschließung zusätzlicher Nachfrage**
- **Handlungsempfehlungen an die Politik**

Recht hoher Bedarf...

■ Welche Dienste sollten schnell und problemlos für Sie verfügbar sein?

⇒ Pflegedienste	34 %
⇒ Putz- und Haushaltshilfen	34 %
⇒ Mahlzeitendienste	24 %
⇒ Einkaufsdienste	24 %
⇒ Begleitung zum Arzt/Behörden	23 %
⇒ Fahrdienste	21 %
⇒ Garten/Winterdienst/Treppenhaus	19 %

Bei 70- bis
79-Jährigen
jeweils
leicht
höhere
Werte

Quelle: GfK-Befragung von über 50-Jährigen 2002

... aber eher niedrige Zahlungsbereitschaft

- Anteile derjenigen, die Bedarf an Dienstleistungen signalisiert hatten, nach Zahlungsbereitschaft pro Monat

⇒ unter 50 Euro:	23 %
⇒ 50 bis unter 125 Euro:	39 %
⇒ 125 bis unter 250 Euro:	19 %
⇒ 250 bis unter 350 Euro:	4 %
⇒ 350 bis 500 Euro:	2 %
⇒ 500 Euro und mehr:	2 %
⇒ <i>keine Angabe:</i>	<i>12 %</i>

Zahlungsbereitschaft
mehrheitlich < 125 Euro

Quelle: GfK-Befragung von über 50-Jährigen 2002

Tatsächliche Inanspruchnahme von Dienstleistungen (1)

- **Haushaltshilfen** (gemäß SOEP-Auswertungen 2002 und 2004)
 - ⇒ insgesamt rund **3,6 Millionen Haushalte** mit Haushaltshilfe
 - ⇒ davon **69%** Haushalte mit mind. 1 Person über 55 Jahre
 - Anteil der Haushalte mit Haushaltshilfe in dieser Kategorie: **14,1%** - davon 8,5% regelmäßig
 - ⇒ deutlich höherer Anteil bei Haushalten mit Pflegebedürftigen: **30,5%** mit Haushaltshilfe - davon 22% regelmäßig

gleichzeitig jedoch nur **117.000 angemeldete Minijobs**
in Privathaushalten (Ende 2005)

Tatsächliche Inanspruchnahme von Dienstleistungen (2)

■ **Pflege** (Schupp/Künemund 2004)

- ⇒ insgesamt rund **1,4 Millionen Pflegebedürftige** mit Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung, die in Privathaushalten leben (Ende 2002)
 - **435.000** (31%) nutzten ambulante Pflegedienste
- ⇒ Private Pflegeleistungen werden zu **60%** von Personen erbracht, die selbst über 55 Jahre sind
 - 33% sogar über 65 Jahre
- ⇒ Zahl der „hauswirtschaftlich Hilfsbedürftigen“: **knapp 3 Millionen**
 - davon 46% mit täglichem Hilfebedarf

Zwischenfazit

- Der grundsätzliche Bedarf an Unterstützung ist groß und wird mit der steigenden Zahl Älterer weiter wachsen
- Bedarf ist aber nicht automatisch gleich Nachfrage!
- Mögliche Hemmnisse
 - ⇒ private Alternativen (z.B. Hilfe durch Angehörige)
 - ⇒ Zahlungsfähigkeit oder Zahlungsbereitschaft
 - ⇒ zu wenige oder zu wenig passgenaue Angebote + mentale Vorbehalte (mangelnde „Dienstleistungskultur“)

Ansatzpunkte zur Erschließung zusätzlicher Nachfrage (1)

Private Alternativen (Hilfe durch Angehörige) gehen tendenziell zurück

■ Ursachen u.a.

- ⇒ Zunahme der Hilfebedürftigen
- ⇒ steigende Frauenerwerbsbeteiligung
- ⇒ wachsende Mobilitätsanforderungen
- ⇒ veränderte Familienstrukturen

■ Bereits heute hohe Belastung der Angehörigen

- ⇒ 86% der Betroffenen geben an, stark oder sehr stark belastet zu sein (Schulz/Leidl 2001)

Ansatzpunkte zur Erschließung zusätzlicher Nachfrage (2)

Kosten

- bei Zahlungsfähigen muss Einstellung überwunden werden, i.d.R. nur in Anspruch zu nehmen, was die Pflegeversicherung bezahlt
 - ⇒ höhere Zahlungsbereitschaft erschließen
- bei Einkommensschwachen stellt sich die Frage, wie deren Bedarf gedeckt werden kann
 - ⇒ Pflegeversicherung? Kommunale Angebote? ...
 - ⇒ *Kostengünstige Alternativen zum Schwarzmarkt schaffen?*

Ansatzpunkte zur Erschließung zusätzlicher Nachfrage (3)

Ausweitung der Angebote + „Passgenauigkeit“

- Bedarfs- und Zielgruppenorientierung
- Qualität und Zuverlässigkeit
- Feste verlässliche und motivierte Bezugspersonen
- Angebote aus einer Hand: „Dienstleistungspakete“
 - ⇒ Ggf. durch Kooperation mehrerer Anbieter
 - ⇒ Beratungsstellen / Serviceeinrichtungen / Agenturen
 - ⇒ Einbindung bereits bekannter Unternehmen / Einrichtungen

Handlungsempfehlungen an die Politik (1)

■ Unterstützung der Privatwirtschaft bei der Marktentwicklung

- ⇒ Transparenz über bestehende Angebote und Bedarfe fördern
- ⇒ Kooperationen anstoßen und unterstützen
- ⇒ Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung
- ⇒ Einsatz arbeitsmarktpolitischer Hilfen zur Marktentwicklung – z.B.
 - zeitlich befristete Lohnkostenzuschüsse für bestimmte Zielgruppen
 - Qualifizierungsangebote
 - ...

Handlungsempfehlungen an die Politik (2)

■ Finanzielle Unterstützung der Nachfrage nach professionellen Dienstleistungen

⇒ Möglichkeiten:

- Pflegeversicherung
- steuerliche Förderung
- Gutscheine statt Geld
- Kofinanzierung
- Öffentliche Angebote für Einkommensschwache
- ...

Handlungsempfehlungen an die Politik (3)

■ Verbesserung der Rahmenbedingungen im Pflegebereich

- ⇒ realistische Erwartungen an Hilfeleistungen durch Angehörige
 - ggf. *Überforderung durch „ambulant vor stationär“?!*
- ⇒ Entwicklung und Ausbau neuer Formen stationärer Pflege in kleineren Einheiten (z.B. Wohngemeinschaften, Senioren-Häuser)
- ⇒ „Klärung“ des Umgangs mit (oftmals illegalen) ausländischen Hilfskräften

Denkanstöße zum Thema „Illegale“

■ Was bieten „Illegale“?

- ⇒ Nicht allein Arbeit zu **niedrigem Lohn**
- ⇒ sondern oft auch „**24-Stunden-Präsenz**“ (Leben im Pflege-Haushalt)
- ⇒ hohe Abhängigkeit wg. des ungesicherten Status

■ Ersatz durch „bezahlbare“ legale Alternativen schwierig -

- ⇒ solange derartige „Ausbeutungsverhältnisse“ ignoriert bzw. toleriert werden

■ Ansätze in anderen Ländern (z.B. Italien)

- ⇒ Beratungsangebote + Netzwerke auch für Illegale
- ⇒ Mindeststandards + Chancen zur Legalisierung